

Am Tag nach dem Erdbeben

Ein Rückblick auf die spanischen Kommunal- und Regionalwahlen

LOTHAR WITTE
Mai 2011

Dass die PSOE einem Desaster entgegen ging, war schon vor dem Wahltag ein realistisches Szenario. Die katastrophalen Ausmaße dieses Desasters hatte allerdings niemand vorhergesagt und kaum jemand vorhergesehen.

Die wichtigsten Ergebnisse aus Sicht der PSOE:

- In der "Mutter aller Schlachten", den Regionalwahlen von Castilla – La Mancha, einer Bastion der PSOE seit 1983, gab es mit 48,1% einen Sieg für die PP, gegenüber 43,4% für die PSOE, der für eine absolute Mehrheit der Sitze (knapp) reicht.
- Auch in fast allen anderen Regionen, in denen die PSOE vorher regierte, muss sie die nächsten Jahre in der Opposition verbringen, nur im Parlament von Extremadura reicht es zusammen mit der *Izquierda Unida* (knapp) zu einer Mehrheit.
- Auf kommunaler Ebene waren ebenfalls gewaltige Einbrüche an der Tagesordnung. In Barcelona, wo die Sozialisten seit 1979 am Ruder waren, und in der Kommune Sevilla, wo sie seit 1999 regierten, erreichten sie lediglich 22,1% bzw. 29,5% und müssen das Zepter an die Regionalpartei CiU, *Convergència i Unió*, und an die PP übergeben. In Madrid verfehlte die PSOE das Minimalziel und sank auf den neuen historischen Tiefstwert von 23,9% (Region: 26,2%).

Auch über die "Hauptschlachtfelder" hinaus sieht es nicht gut aus:

- Landesweit entfielen bei den Kommunalwahlen nur 27,8% der Stimmen auf die PSOE, sie blieb damit fast 10 Prozentpunkte hinter der PP (37,5%). Zum Vergleich: In den letzten drei Kommunalwahlen lagen diese beiden Parteien nie mehr als einen Prozentpunkt voneinander entfernt, der bisher höchste Vorsprung für die PP betrug 4,4%, im Jahre 1995.
- Von 17 Autonomieregionen werden nur noch drei von der PSOE regiert, neben Extremadura das Baskenland (Minderheitenregierung, toleriert durch die PP) und Andalusien (nächster Wahltermin: Anfang 2012). Nur in Asturien erhielt die PSOE bei dieser Regionalwahl die meisten Stimmen.

Neben der PP, die zukünftig in allen Regionen ausser den erwähnten "Restbeständen" der PSOE und der Region Navarra die Regierung stellen oder zumindest an ihr beteiligt sein wird, haben sich zwei Parteien gut behauptet. Die *Izquierda Unida* hat in den Kommunalwahlen Stimmen hinzu gewonnen, sie erreichte 6,3% (vorher 5,5%), und die erst 2007 gegründete Formation UPyD, *Unión Progreso y Democracia*, hat sich mit landesweit gut 2% als vierte Kraft etabliert.

Auch einige Regionalparteien sind auf Ergebnisse gekommen, die über die jeweilige Region hinaus bemerkenswert sind. Die für die CiU in den Kommunen Kataloniens abgegebenen Stimmen entsprechen einem landesweiten Anteil von 3,45%, für die beiden baskischen Parteien PNV (*Partido Nacionalista Vasco*) und Bildu sind es 1,45% bzw. 1,39%. Der Sieg der *Unión del Pueblo Navarro*, das gute Abschneiden der *Coalición Canarias* und das Aufkommen des *Foro Asturias*, das dort nur wenige Monate nach Parteigründung bereits die meisten Abgeordneten (und voraussichtlich die Regierung) stellen wird, sind zwar national weniger relevant, illustrieren jedoch die Bedeutung dritter (und vierter) Parteien in den Regionen.

Entgegen allen Beteuerungen von Regierungschef Zapatero sind vorgezogene Neuwahlen nach diesem politischen Erdbeben nicht mehr auszuschließen. Zapatero muss damit rechnen, dass seine Allianzen brüchig werden. Dies gilt zunächst für das Parlament, wo die PSOE auf die baskischen Nationalisten der PNV angewiesen ist, die für ihre Unterstützung der PSOE einen hohen Preis gezahlt haben, denn sie stellen im Baskenland zukünftig weniger kommunale Abgeordnete als die Neugründung Bildu. Dies gilt aber auch für die PSOE selbst, denn der gelegentliche Missmut der Basis gegenüber dem Parteiapparat, der im Wahlkampf bereits deutlich wurde, dürfte angesichts dieser Ergebnisse nicht geringer werden. Wobei aber auch das genaue Gegenteil nicht auszuschließen ist: ein Schulterchluss, der es der PSOE erlaubt, die schwierigen nächsten Monate ohne weitere Flurschäden zu überstehen. Ein außerordentlicher Kongress könnte ein probates Mittel sein, die sozialistische Familie rechtzeitig vor den Wahlen neu aufzustellen.